

FSG Wimmer zu FFP2-Maskenpflicht: Bezahlte Freistellung von Schwangeren gefordert

2021-03-25 12:47

Frauenministerin Raab muss Druck machen – Gesundheit muss über Profitinteressen stehen

„Wenn die generelle FFP2-Maskenpflicht in Innenräumen kommt, dann muss es für schwangere Arbeitnehmerinnen eine sofortige bezahlte Freistellung geben“, betont der Bundesvorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG), Rainer Wimmer. Er verweist darauf, dass Schwangere nicht ohne Grund von der Tragepflicht einer FFP2-Maske ausgenommen wurden. „Es ist Schwangeren schlicht nicht zumutbar, bis zu acht Stunden eine FFP2-Maske zu tragen. Anders können sie sich aber nicht im gleichen Ausmaß wie ihre KollegInnen schützen. Um werdende Mütter keinem Risiko auszusetzen, gibt es daher nur die Möglichkeit einer Freistellung“, sagt Wimmer.

Er fordert die Regierung auf, in dieser Frage im Sinne der Frauen zu entscheiden und sich nicht dem Druck der Wirtschaftsvertreter zu beugen. „Hier muss die Gesundheit der Frauen und Kinder über den Profitinteressen einzelner Unternehmen stehen. Vor allem von Frauenministerin Raab erwarte ich mir, dass sie sich in dieser Frage auf die Seite der Schwangeren stellt und bei den eigenen Parteifreunden und beim Koalitionspartner Druck macht, um eine gute Lösung für die betroffenen Frauen zu finden“, so der FSG-Vorsitzende.